Ausgabe Nr. 5 | 2020
www.cdu-bonn.de

CDU
KREISVERBAND BONN

Union Kurier

Mitgliederzeitung des CDU-Kreisverbandes Bonn

Kommunalwahl 2020
Bonn hat gewählt

Foto: © kjpargeter / Freepik.com

Sicherheit in Bonn

„Wir stehen für eine bürgerorientierte Polizei“

Von Frank Hoever, Polizeipräsident in Bonn

Die Bundesstadt Bonn ist eine attraktive und außergewöhnliche Stadt. Sie ist politisches Zentrum, beheimatet eine Vielzahl von Ministerien und Bundesbehörden und ist Sitz diplomatischer Missionen sowie einer Vielzahl von UN-Sekretariaten. Zudem ist Bonn ein bedeutendes Wirtschafts- und Wissenschaftszentrum und Stadt der Kultur.

Wichtig ist mir in diesem Kontext, in meiner Funktion als neuer Bonner Polizeipräsident, dass Bonn vor allem auch eine sichere Stadt ist.

Um dies zu gewährleisten, ist die Bonner Polizei 24/7 im Einsatz und dafür da, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren und Straftaten aufzuklären – besser noch, sie zu verhüten.

Unser Auftrag ist es, bürgerorientiert für objektive Sicherheit zu sorgen. Die Kriminalitätsentwicklung in den letzten Jahren ist insgesamt erfreulich positiv. Darauf werden wir uns allerdings nicht ausruhen, zumal dies alleine nicht ausreichend und kein Maßstab ist. Genauso wichtig ist es, dass alle Bürgerinnen und Bürger, egal welcher Herkunft oder Nationalität, sich hier in Bonn und der Region sicher und wohl fühlen und gerne hier leben und arbeiten.

Zur Person:

Frank Hoever ist 60 Jahre alt und verheiratet. Er lebt in Bonn und hat zwei erwachsene Kinder. Er trat 1976 in den Polizeidienst ein und hat in Bonn im mittleren, gehobenen und höheren Polizeidienst bei Schutz- und Kriminalpolizei gearbeitet. Darüber hinausgehend war er in den Polizeipräsidien Aachen und Köln sowie in verschiedenen Funktionen im Landeskriminalamt und im Innenministerium tätig. Zuletzt leitete er als Direktor das Landeskriminalamt des Landes Nordrhein-Westfalen. Seit dem 01.04.2020 ist er Polizeipräsident in Bonn.

Starke Ordnungspartnerschaften mit dem Rhein-Sieg-Kreis

Zum Verantwortungsbereich meiner Behörde zählt nicht nur die Stadt Bonn, sondern auch angrenzende Teile des links- und rechtsrheinischen Rhein-Sieg-Kreises. Mit allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern stehe ich im regelmäßigen, engen und vertrauensvollem Austausch. Diese Zusammenarbeit, auch in Form von Ordnungspartnerschaften, ist mir sehr wichtig. Nur so können wir Kompetenzen und Zuständigkeiten bündeln und auch im Verbund mit weiteren Sicherheitspartnern, wie zum Beispiel der Bundespolizei, für größtmögliche Sicherheit in unserer Region sorgen. Entsprechende Kooperationen beabsichtige ich, zu stärken und weiter ausbauen.

Als Kriminalhauptstelle ist meine Behörde zudem für ausgewählte Straftaten in den Polizeibezirken Siegburg und Euskirchen zuständig. Hierzu zählen zum Beispiel Tötungsdelikte, organisierte und politisch motivierte Kriminalität.

Behördenstrategische Schwerpunkte sind auf Grundlage einer Analyse der Sicherheitslage in unserem Sicherheitsprogramm festgelegt. Im Rahmen einer jährlichen Sicherheitsbilanz überprüfen wir die Ergebnisse unserer Arbeit und passen das Sicherheitsprogramm, soweit erforderlich, an.

Bonns Potentiale nutzen

Im besonderen Fokus unserer Arbeit stehen derzeit die Präsenz- und Interventionsmaßnahmen in der Bonner Innenstadt, in Tannenbusch und Bad Godesberg, die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus, die Befassung mit Verkehrsunfällen unter Beteiligung von Radfahrenden sowie das Thema Digitalisierung.

Unabhängig davon reagieren wir natürlich aber auch auf aktuelle Einsatz- und Kriminalitätsentwicklungen. Beispielhaft zu nennen sind hier unsere Präsenz- und Kontrollmaßnahmen am Bonner und Beueler Rheinufer, die wir seit Ende Juni diesen Jahres gemeinsam mit Ordnungskräften der Stadt Bonn durchführen, und die wir jüngst durch den Einsatz von zwei mobilen Videobeobachtungsanlagen taktisch ergänzt haben. Ziel ist es hier, Straftaten zu verhüten, Aufklärungsmöglichkeiten von bereits erfolgten Straftaten zu verbessern und vor allem das Sicherheitsgefühl der Bonner Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Im Rahmen kontinuierlicher Analyseprozesse prüfen wir, ob die Videobeobachtung perspektivisch auch an ande-

Straftaten in Bonn

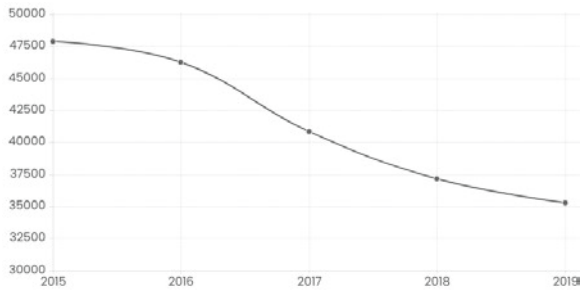


Foto: © Polizei Bonn

ren kriminogenen Orten im Stadtgebiet möglich ist. Wichtig ist mir, dass meine operativen Kräfte genau hinsehen und konsequent einschreiten, wenn gegen Regeln, die dem Schutz der Allgemeinheit dienen, verstoßen wird. Das gilt insbesondere dann, wenn sich Störer oder Straftäter provokant oder bewusst rücksichtslos verhalten. Hier gilt es, die rechtlich zur Verfügung stehenden Möglichkeiten umfassend auszuschöpfen.

Dabei erwarte ich, dass meine Kolleginnen und Kollegen verhältnismäßig vorgehen und ihr Gegenüber mit Respekt behandeln. Respekt ist dabei aber keine Einbahnstraße. Für respektloses oder gar gewalttätiges Verhalten gegenüber Einsatz- oder Rettungskräften habe ich kein Verständnis.

Eine besondere Herausforderung für meine Behörde ist es, in den nächsten Jahren einen Generationswechsel zu vollziehen. Eine nennenswerte Anzahl älterer Kolleginnen und Kollegen wird in den nächsten Jahren in den verdienten Ruhestand treten. Hier gilt es, eine fachlich fundierte Einarbeitung von jährlich bis zu 100 jungen Kommissarinnen und Kommissaren sicherzustellen und einen Wissenstransfer zu gewährleisten. Dabei wird insbesondere auch Führung gefordert sein, deren Stärkung mir ebenfalls am Herzen liegt.

Bonn ist nicht nur mein Dienstort, sondern auch meine Heimatstadt. Die Sicherheit und alles, was dazu beiträgt, liegen mir daher ganz besonders am Herzen. Die Arbeit mit meinen Kolleginnen und Kollegen macht mir sehr viel Freude, und ich bin mir sicher, dass wir unsere Behörde gemeinsam so zukunftsorientiert gestalten, dass wir den an uns gestellten Anforderungen als bürgerfreundliche Polizei auch tatsächlich gerecht werden.

Editorial

Die Bonnerinnen und Bonner haben ihre Entscheidung für die nächsten 5 Jahre getroffen. Wir mussten eine bittere Niederlage hinnehmen, an der es auch nichts zu beschönigen gibt. Gesetzmäßigkeiten der Vergangenheiten bei Wahlen haben sich in Luft aufgelöst. Deshalb werden wir eine Analyse und Nachbereitung machen, die weitaus weiter geht als das bei früheren Wahlen der Fall war.
Zum Redaktionsschluss lag das Ergebnis der OB-Stichwahl noch nicht vor, aber ich hoffe, dass wir mit unserem OB Ashok Sridharan ein starkes bürgerliches und verantwortungsvolles Gegengewicht zu der neuen Ratsmehrheit behalten.

An dieser Stelle möchte ich im besonderen Maße allen danken, die sich auf den unterschiedlichen Ebenen eingebracht sowie uns und unseren OB unterstützt haben. Angefangen bei der Werbung im persönlichen Umfeld, über finanzielle Unterstützung bis hin zu den vielen helfenden Händen, die immer und jeder Zeit mit angepackt haben.

Dafür ein ganz herzliches Dankeschön!

Da wir im nächsten Jahr schon wieder Bundestagswahl haben, haben wir allerdings nicht lange Zeit uns ausruhen und Kräfte zu tanken. Die nächste Mammutaufgabe, das Direktmandat, steht unmittelbar vor uns. Dazu werden wir alle Kräfte und ein starkes sowie geschlossenes Team brauchen.

Christos Katrictis

Stadtrat 2020-25

Das ist unser Team

Reiner Burgunder
Pützchen/
Bechlinghoven/
Holtorf/Ungarten

Georg Goetz
Venusberg/
Ippendorf

Rainer Haid
Beuel-Süd/ Limperich/
Küdinghoven-Nord

Prof. Dr. Norbert Jacobs
Bad Godesberg Mitte

Christoph Jansen
Heiderhof/
Muffendorf

Sabine Kramer
Duisdorf/Finkenhof/
Lengsdorf

Torben Leskien
Holzlar/
Hoholz

David Lutz
Röttgen/Ückesdorf/
Ippendorf-West

Jan Claudius Lechner
Mehlem

Bert Moll
Brüser Berg/
Lengsdorf

Dr. Ursula Sautter
Dransdorf/ Lessenich/
Messdorf

Georg Schaefer
Neu-Tannenbusch/
Buschdorf

Enno Schaumburg
Duisdorf/
Medinghoven

Jürgen Wehlus
Auerberg/
Graurheindorf

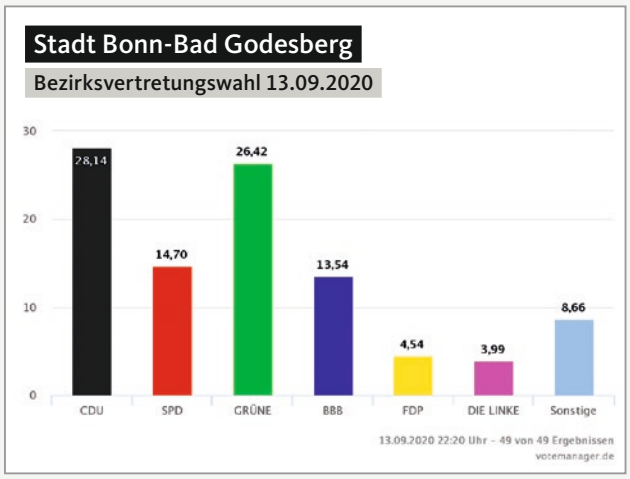
Feyza Yildiz
Pennenfeld/
Lannesdorf

Guido Déus
Listenplatz 1

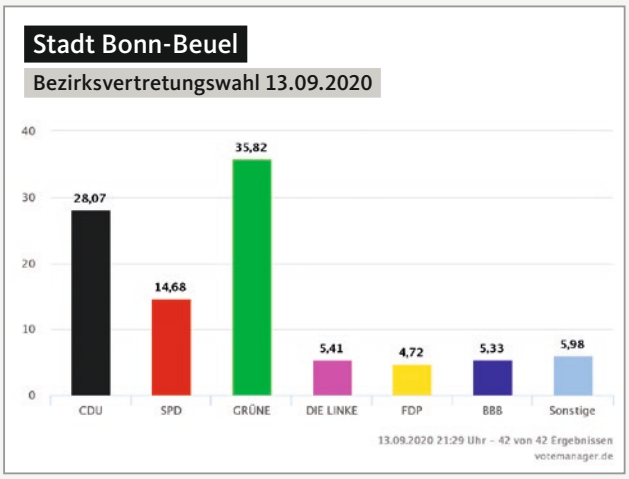
Julia Polley
Listenplatz 2

Das Ergebnis der OB-Stichwahl lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Eine ausführliche Wahlanalyse erfolgt in der nächsten Ausgabe am 1. Dezember.
Besuchen Sie dazu bitte auch unsere Homepage **www.cdu-bonn.de** sowie unsere Social Media Kanäle.

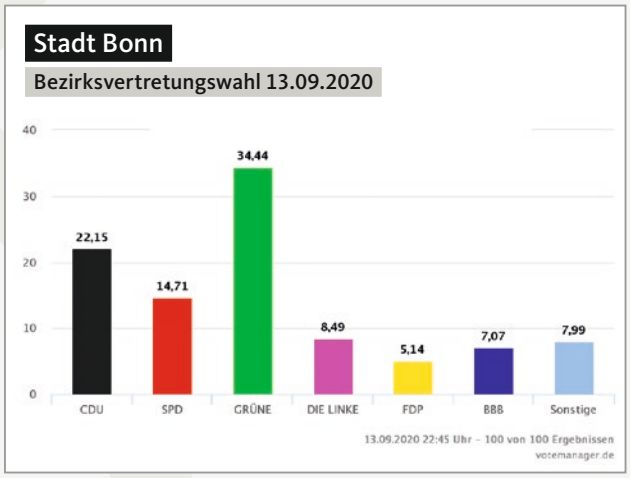
Ergebnisse der Bezirksvertretungswahl



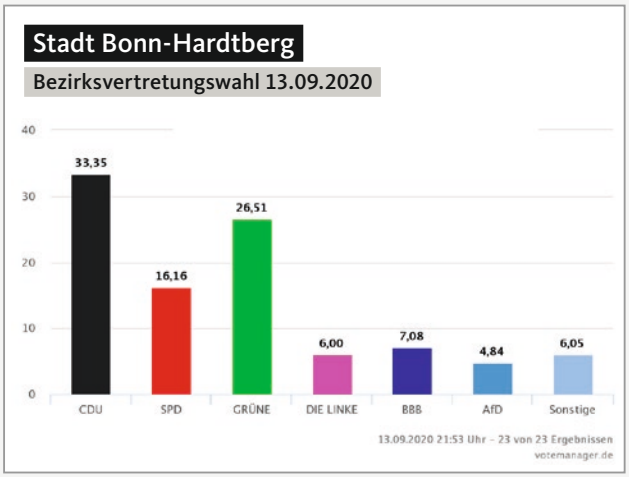
Jansen, Christoph
Melzer, Elke
Röskens, Jens
Krichel, Roland Andreas
Stauder, Inge



Koch, Werner
Froese-Jauch, Heidi
Seidl, Hans
Rudolph, Marco
Everding, Karl-Heinz Eberhard



Bonnie, Nicole
Lutz, David
Henges, Jonas
Dr. Fischer-Starcke, Bettina



Schaumburg, Enno
Buß, Helmut
Weiler, Christian
Frohn, Herbert
Moll, Bert
Verbeek, Tilmann
Poprawka, Anja

Foto: © natanaelginting / Freepik.com

Proteste in Belarus

Das Europäische Parlament erkennt Lukaschenko nicht mehr an

■ *Von Axel Voss MdEP*

Mitte September haben wir in Brüssel mit der großen Mehrheit von 574 Stimmen eine Entschließung verabschiedet, in der das Ergebnis der Präsidentschaftswahl in Belarus im August für nichtig erklärt wird. Sobald die aktuelle Amtszeit Lukaschenkos am 5. November endet, wird das Europäische Parlament ihn nicht mehr als Präsidenten des Landes betrachten.

Wir haben damit auch einen klaren Auftrag an den zuweilen zögerlich handelnden EU-Außenminister Josep Borrell gegeben. Konkret fordern wir weitere EU-Sanktionen gegen den belarussischen Präsidenten und die Giftmischer von Navalny: Wir verurteilen die belarussischen Behörden für ihre gewaltsame Unterdrückung friedlicher Proteste und wollen, dass unverzüglich eine internationale Untersuchung des Falls Navalny eingeleitet wird. Zudem muss eine neue Präsidentschaftswahl erfolgen und Präsident Lukaschenko und die Täter, die hinter der Vergiftung von Alexei Navalny stehen, müssen sanktioniert werden.

Der kürzlich eingerichtete Koordinierungsrat als „vorläufige Vertretung der Menschen, die einen demokratischen Wandel fordern“ in Belarus, die allen politischen und sozialen Interessengruppen offensteht, wird sehr begrüßt. Ebenso die zahlreichen Forderungen nach neuen, freien und fairen Wahlen, die so bald wie möglich unter internationaler Aufsicht stattfinden sollen.

Wir erwarten als Parlament EU-Sanktionen gegen die Gruppe von Personen, die für die Fälschung der Wahlergebnisse und die gewaltsame Unterdrückung in Belarus verantwortlich sind, einschließlich Präsident Lukaschenko, und fordern die EU-Mitgliedstaaten im Rat auf, diese restriktiven Maßnahmen unverzüglich in enger Abstimmung mit der internationalen Regierung umzusetzen.

Wir verurteilen auch nachdrücklich die Massenverhaftungen und das anhaltende gewaltsame Vorgehen gegen friedliche Demonstranten, Streikführer und Journalisten im Land. Viele Berichte sprechen über Misshandlungen, Vergewaltigungen

und Folterungen aus belarussischen Haftanstalten und Gefängnissen.

Die Resolution unterstreicht schließlich den wichtigen Beitrag prominenter weiblicher Oppositionsmitglieder, angeführt von Svetlana Tikhanovskaya, Veranika Tsapkala und Maria Kalesnikova, während der Proteste. Wir fordern selbstredend die sofortige Freilassung der verhafteten Mitglieder des Koordinierungsrates und aller aus politischen Gründen willkürlich inhaftierten Personen.
Und: Wir stellen als Parlament fest, dass viele Weißrussen Tikhanovskaya als Gewinner der Präsidentschaftswahlen und als echten gewählten Präsidenten von Belarus betrachten.

Gleichwohl wir wissen, dass unser Votum nicht bindend ist, hat es starkes politisches Gewicht beim weiteren Vorgehen der EU. Und wir müssen, wo wir nur können, den Zehntausenden von unerschrocken protestierenden Menschen Hoffnung geben. Sie erleiden zurzeit polizeiliche Gewalt und Festnahmen – das ist im höchsten Maße bewundernswert und wir müssen mit allen Möglichkeiten, die wir in der deutschen Ratspräsidentschaft haben, eingreifen und helfen!

www. axel-voss-europa.de

Foto: © master1305 / Freepik.com

Standpunkt

Notwendigkeit einer Studie zu Rassismus in Sicherheitsbehörden

■ *Von Mert Kara, Polizist*

Einzelfälle. Das ist nach wie vor die Bezeichnung von Fällen, in denen Personen aus Sicherheitsbehörden rechtsradikale Gesinnung zeigen. Die jüngsten Verfahren der Bundesanwaltschaft gegen die Gruppe „Nordkreuz“, den ehemaligen Soldaten Franco A., die Vorkommnisse im KSK der Bundewehr sowie die Ermittlungen zum sogenannten „NSU 2.0“ zeigen, dass bereits seit Jahren rechtsradikale Gedanken, teils sogar rechtsextreme Einstellungen, innerhalb der Polizei, Bundeswehr und der Nachrichtendienste öffentlich bekannt sind.

75 Jahre CDU Bonn

„Der Rechtsstaat ist so stark, wie wir ihn machen“

Anlässlich des 75. Parteijubiläums lud die Bonner CDU in eine einzigartige Kulisse, einen Autoscooter hinter dem Malente Theater ein, um gemeinsam mit Staatssekretär Dr. Günter Krings MdB und Minister des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen Herbert Reul die Frage „Wie gefährdet ist unser Rechtsstaat“ zu diskutieren. Hintergrund der Veranstaltung waren die aktuellen Debatten um Rassismus, Behauptungen von Politikern, dass es latenten bzw. sogar strukturellen Rassismus bei den deutschen Polizeien gibt, zunehmende Anfeindungen gegen Amts- und Uniformträgerinnen / -träger und sogar diskriminierende Kolumnen, wie beispielsweise der Artikel in der Berliner taz „All cops are berufsunfähig“ oder diskriminierende Comedy-Sitcoms wie „Aurel“.

Gibt es eine offene Ablehnung unseres Rechtsstaates? Wie gefährdet ist unsere Demokratie? Ist Rassismus ein weit verbreitetes Problem in unserer Gesellschaft? Diese und andere Fragen diskutierten die rund 80 interessierten Gästen mit den Podiumsgästen. Die Podiumsdiskussion wurde durch den Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten **Dr. Christos Katzidis MdL** moderiert.

Oberbürgermeister Ashok Sridharan stimmte die Anwesenden mit einem Grußwort auf den feierlichen Anlass des Abends ein: „Dieses Jubiläum gibt Anlass zum Rückblick und es ermuntert zu einem Blick nach vorne. Die CDU war nach dem Krieg ein bedeutender Baustein für die Entwicklung der demokratischen Nachkriegsordnung auf deutschem Boden. Die Männer und Frauen, die damals zu den Gründungsmitgliedern der Union gehörten, haben im Angesicht des Krieges, der vielen Opfer und der Gräueltaten der Nazizeit an einem Konzept für ein Nachkriegsdeutschland gearbeitet, das auf ganz anderen Fundamenten stehen sollte wie in den Jahren zuvor zuvor und sich bis heute bewährt hat und auch in Zukunft die Grundlage unseres Zusammenlebens sein sollte.“

Prof. Dr. Günter Krings MdB eröffnete sein Statement mit einem Blick auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre: „Auch wenn es nicht immer populär ist, müssen wir die Anpassung von Befugnissen voranbringen, um z.B. Kommunikationswege von Extremisten und Terroristen auszuforschen, wo es nötig und richterlich angeordnet ist. Ansonsten sind die Sicherheitsbehörden blind und taub. Das ist immer eine Abwägung von Freiheit und Sicherheit, aber sie geschieht immer mit Blick auf die Verhältnismäßigkeit, damit wir Straftäter auch schon im Vorfeld ausfindig machen können. Das Thema Extremismus – von rechts und links – wird uns auch weiterhin beschäftigen. Ich bin froh, dass wir als CDU bei diesem Thema einen 365-Grad-Blick haben und auf keinem Auge blind sind.“

Minister des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen Herbert Reul betonte, dass es für unsere Gesellschaft fundamental sei, dass man sich an Regeln hält: „Auf die Frage des Abends kann ich nur antworten: der Rechtsstaat ist nur so stark, wie Bürgerinnen und Bürger dafür sorgen, dass er es ist. Dazu gehört auch, dass wir uns alle an die Regeln halten, die wir in unserem demokratischen Rechtsstaat haben. Weder kriminelle Clans noch andere Straftäter können ihre eigenen Regeln machen, sondern wir – insbesondere unsere Polizei – müssen dafür sorgen, dass unsere Regeln durchgesetzt werden. Dass 2019 rund 9.000 Angriffe auf Polizisten und Rettungskräfte in NRW verübt wurden, macht mich sprachlos. Aber dieser Verrohung können wir etwas entgegensetzen, indem wir uns wieder verantwortlich füreinander fühlen und Polizisten den Rücken stärken als Zivilgemeinschaft.“

Weitere Themen der Diskussionen waren unter anderem auch die Probleme bei Abschiebungen, die CLAN-Kriminalität, die Kindesmissbrauchsfälle, Party-Szenen und das Vorgehen gegen diese und auch die Stärkung der Kommunalen Sicherheitsverantwortung.

Umso größer ist die Enttäuschung über den Bundesinnenminister Horst Seehofer, der diese Debatte im Keim erstickt hat. Eine unabhängige und wissenschaftliche Studie hätte eine Grundlage zur Aufarbeitung dieser Vorwürfe bieten können. Die Konsequenz ist, dass der überwiegend rechtsstaatlich arbeitende Teil eben jener Sicherheitsbehörden sich mit diesem Vorwurf – zu Unrecht – auseinandersetzen muss. Selbst innerhalb der Polizei wird diese Thematik kontrovers diskutiert, wie man in den Veröffentlichungen der Polizeigewerkschaften erkennen kann. Während der brandenburgische Landesverband der „Gewerkschaft der Polizei“ von Zuständen wie bei einer „Jagd auf eine Sau“[1] spricht und sich als Opfer darstellt, steht der Berliner Verband einer solchen Studie offen gegenüber.[2] Der Bund Deutscher Kriminalbeamter zeigt sich auch enttäuscht über die Absage der Studie.[3]

Eine differenzierte Aufarbeitung von (Einzel-)Fällen ist erst nach Erhebung des Sachstandes möglich. Wer hat Gedankengut, das der freiheitlich demokratischen Grundordnung widerspricht? Wie wird dieser Widerspruch zum Ausdruck gebracht? Gegen wen richtet sich diese Abneigung? Gibt es Kontrollinstanzen, die dem Vorbeugen können? Haben diese Kontrollinstanzen in der Vergangenheit versagt? Das sind alles Fragen, auf die Herr Seehofer keine Antworten erhalten möchte.

Eine pauschale Verurteilung der MitarbeiterInnen in Sicherheitsbehörden ist fehl am Platz und auch nicht Ziel dieses Standpunktes. Vielmehr sollen die (politischen) Verantwortungsträger endlich aufgerüttelt werden, um einen „NSU 3.0“ zu verhindern.

1 https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/de_gdp-brandenburg-zu-racial-profiling-studie-in-der-polizei?open&amp=1
2 https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/DE_GdP-Berlin-offen-fuer-Studie-zu-Rassismus-und-Racial-Profiling?open&ccm=000
3 https://www.bdk.de/der-bdk/landesverbaende/bundeskriminalamt/stellungnahme-des-bdk-verband-bka-zur-absage-einer-studie-zu-rechtsextremen-und-rassistischen-einstellungen-innerhalb-der-deutschen-polizei

Kinderarmut in Bonn

Präventionsketten und Vernetzung der Förder- und Hilfsangebote

■ *Von Carolin Krause, Sozialdezernentin der Bundesstadt Bonn*

Die Bekämpfung der Kinderarmut in Bonn ist eine tägliche Aufgabe verschiedener städt. Einrichtungen und zivilgesellschaftlicher Organisationen. Kinderarmut ist in Bonn – ebenso wie in den anderen Kommunen der Bundesrepublik – ein Phänomen einer „reichen“ Gesellschaft, das bisher trotz des Einsatzes erheblicher Ressourcen nicht nachhaltig beseitigt werden konnte. Bei der Bekämpfung der Kinderarmut ist es wichtig, die Übergänge zwischen den Systemen –Kita – Grundschule – Weiterführende Schule – Ausbildung – Studium – Beruf so zu gestalten, dass Kinder und Jugendliche den Übergang meistern können. Im April 2020 hat das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKFFI) die Kommunen über das neue Förderprogramm „kinderstark – NRW schafft Chancen“ aufgelegt. Mit diesem Programm unterstützt das Land den Auf- und Ausbau kommunaler Präventionsketten für Kinder, Jugendliche und ihre Familien. Damit ist das Ziel verbunden, die Chancen auf ein gelingendes Aufwachsen sowie gesellschaftliche Teilhabe zu verbessern und Kinderarmut zu bekämpfen. Zielgruppe von „kinderstark“ sind Menschen ab vier Jahren bis zum Übergang von der Schule zum Beruf oder Studium. Das Land NRW fördert mit diesem Programm „vorrangig strukturbildende Maßnahmen zur Stärkung kommunaler Vernetzung und Koordinierung“. Die Stadt Bonn ist dem Aufruf gefolgt und hat einen Förderantrag eingereicht, der positiv bewilligt wurde. Die Stadt Bonn beabsichtigt, die Fördermittel aus dem neuen Landesprogramm in erster Linie für die Einrichtung einer kommunalen Koordinierungsstelle zu verwenden. Zu den Aufgaben der neuen Koordinierungsstelle soll zunächst unter anderem die systematische Bestandsaufnahme der bereits sehr zahlreich vorhandenen Maßnahmen und bestehenden Netzwerke im Bereich der Prävention in der Bonner Jugendhilfelandschaft gehören. Auf dieser Grundlage soll sie perspektivisch passgenaue kommunale Unterstützungsleistungen für Kinder und Jugendliche entwickeln bzw. initiieren. Die Koordinierungsstelle trägt außerdem zu einer übergreifenden Abstimmung von Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Soziales und Gesundheit bei. Bei der inhaltlichen Ausgestaltung soll die gesamte Entwicklungsbiographie von Kindern und Jugendlichen in den Blick genommen werden – vom vierten Lebensjahr bis zum Übergang Schule/Beruf. Die Koordinierungsstelle „kinderstark“ schließt zudem unmittelbar an das bestehende System der „Frühen Hilfen“ an, sodass von vornherein eine enge Zusammenarbeit mit der Netzwerkkoordinierung „Frühe Hilfen“ geplant ist. Mit der Beteiligung am Landesprogramm unterstreicht die Stadt Bonn ihre Bereitschaft, eine kommunale Präventionsstrategie für Kinder, Jugendliche und Familien zu entwickeln, die über die ersten Lebensjahre hinausgeht. Der erfolgreiche Ansatz der „Frühen Hilfen“ wird durch „kinderstark“ ergänzt und weitergeführt. Durch das Zusammenspiel beider Programme können Kinder und Eltern in allen Phasen des Heranwachsens noch wirksamer unterstützt werden. Die Förderung schafft zudem die Voraussetzungen für eine bessere Bedarfsplanung, eine übergreifende Vernetzung und Kommunikation im Feld der Prävention. Durch passgenaue und aufeinander abgestimmte Angebote werden letztlich auch die Ressourcen und Potentiale von Familien in Bonn gestärkt.

Aus der Fraktion

Masterplan innere Stadt – Aufwertung des Rheinufers

■ *Von Christian Gold, Fraktionsgeschäftsstelle*

Das Konzept des „Masterplans innere Stadt Bonn“ beinhaltet die Stadtentwicklung Bonns mit den übergeordneten Zielen:

- Wohnen in der Stadt stärken
- Innenstadt funktional und gestalterisch aufwerten
- Stadt zum Rhein öffnen
- Potenziale der Universität in der Stadt nutzen
- Verflechtungs- und Zugangsräume aufwerten

Der Stadtrat hat beschlossen, für verschiedene Projekte, deren Umsetzung bis 2025 geplant ist, Städtebaufördermittel beim Land NRW zu beantragen. Neben dem Umbau der Rheinpromenade in zwei Bauabschnitten, dem Umbau und der gestalterischen Aufwertung des Bereichs Stockentor, Alter Zoll und Stadtgarten werden die Gestaltung der Grünfläche und des Spielplatzes am Windeckbunker, der Umbau der Bornheimer Straße (Alter Friedhof bis Ellerstraße) sowie die Umgestaltung von Brüdergasse, Stiftsplatz und Kölnstraße (zwischen Bertha-von-Suttner-Platz und Wilhelmsplatz) zur Förderung angemeldet.

Das Gesamtprojekt Neugestaltung Rheinufer im Abschnitt Zweite Fährgasse bis Rosental soll in der Förderperiode 2021 bis 2025 im Rahmen eines Gesamtkonzeptes geplant, und dann in einzelnen Bauabschnitten nacheinander umgesetzt werden. Ein weiterer Bauabschnitt zwischen Erste Fährgasse und Zweite Fährgasse soll ab 2027 umgesetzt werden.

Hierzu startet im Herbst 2020 ein Wettbewerbsverfahren. Ein Preisgericht soll im Frühjahr 2021 einen Vorentwurf auswählen, auf dessen Basis die weitere Planung und Umsetzung er-

MIT-Vorstand neugewählt

Von „Erster Hilfe“ und „Reha“ zur Sozialen Marktwirtschaft

■ *Von Peter Ibbeken, MIT-Vorsitzender Bonn*

V. l.: Hans-Georg Richarz, Alexander Glees, Dr. Robert Grünewald, Hans Seidl, Birgitta Jackel, Marius Kleinheyer, Monika Krämer-Breuer, Dr. Hans-Jörg Hufnagel, Renate Ibbeken, Peter Ibbeken (es fehlen Jean Antar, Alexander Dahm, Daniel Gerhards, Klaus-Peter Nelles)

Der neu gewählte MIT- Kreisvorstand ist konstituiert und hat seine Arbeit mit einer Klausur-Sitzung am 19.09.2020 aufgenommen. „Wir setzen uns dafür ein, dass der Mittelstand im Raum Bonn mit seinen Themen stärker öffentlich wahrgenommen wird und seine Stimme Gehör findet“, sagte der Kreisvorsitzende Peter Ibbeken zu Beginn der Klausur.

Einstimmig formulierte der Vorstand seine Position zum aktuellen wirtschaftspolitischen Geschehen und stellt zu den finanziellen Hilfspaketen, Überbrückungs- und Stabilisierungs-Maßnahmen des Staates fest: Es war richtig, bei Ausbruch der Corona-Pandemie sofort „Erste Hilfe“ zu leisten und dann mit weiteren Unterstützungen die „Reha“ einzuleiten.

Kritisch gesehen werden aber die massiven staatlichen Eingriffe mit hohen Beteiligungen an großen Unternehmen. Es wird nun wichtig, wieder zügig die Soziale Marktwirtschaft – im Sinne Ludwig Erhards – zu stärken, und deren Prinzipien einzuhalten. Der Staat muss handlungsfähig, strenger Kontrolleur und Schiedsrichter sein.

Wird der Staat zugleich Unternehmer und Kontrolleur, wächst die Gefahr von politisch geprägten Fehlentscheidungen bis hin zur Misswirtschaft und zu dem Abwälzen der Haftung auf die Bürgerinnen und Bürger, also auf die Steuerzahler.

Überfällig ist jetzt, insbesondere die mittelständischen Unternehmen von Bürokratie und Kosten zu entlasten, indem die vorgezogene Fälligkeit der Sozialabgaben endlich rückgängig gemacht wird.

Die Soziale Markwirtschaft ist und bleibt die menschenfreundlichste Wirtschafts- und Gesellschaftsform; sie fördert allgemeinen Wohlstand in Freiheit und Rechtsstaatlichkeit.

Deshalb hat sich der Bonner MIT-Kreisvorstand mit großer Mehrheit für die Wahl von Friedrich Merz zum CDU-Bundesvorsitzenden ausgesprochen. Natürlich unterstützt die Bonner Mittelstands- und Wirtschaftsunion vor Ort den CDU-Kandidaten.

---

folgen soll. Eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist in diesem Verfahren vorgesehen.

Ziel muss es sein, die Lebensqualität zu steigern und den Rhein mehr in die Stadt einzubeziehen. Die Verbindungen von Stadt und Rhein werden derzeit in dem Bereich „Grünfläche Stockentor bis Alter Zoll“ verbessert. Der Höhenunterschied bis zur Uferpromenade wird zukünftig auch über einen dort installierten Aufzug überwunden werden können, sodass hier Barrierefreiheit gegeben sein wird.

Das Rheinufer erfüllt eine Vielzahl von Funktionen: Erholung, Freizeit, Sport und Tourismus. Es ist gleichzeitig auch ein stark beanspruchter Verkehrsraum. Neben der vielfältigen Nutzung durch Fußgänger beinhaltet das Rheinufer Straßen, Schiffsanlegestellen und Radfahrwege. Es soll geprüft werden, wie der Autoverkehr hier reduziert werden kann. Wichtig ist, dass sich alle Verkehrsteilnehmer nebeneinander sicher bewegen können. Die Verbesserung des rheinparallelen Radwegs ist eine Forderung der CDU.

Für eine kurzfristige Steigerung der Attraktivität des Rheinufers sollen hochwertige, temporäre Zwischennutzungen, wie mobile Gastronomieeinheiten ermöglicht werden. Mit bekannten Bonner Akteuren soll zusätzlich ein flankierendes Veranstaltungsprogramm entwickelt werden.

Das Rheinufer ist kein rechtsfreier Raum. Gerade in den letzten Wochen kam es vermehrt zu Ansammlungen von vielen feiernden Menschen, die durch Missachtung der Corona-Regeln, Ruhestörungen und Straftaten aufgefallen sind. Es ist richtig und wichtig, dass die Polizei und der Stadtordnungsdienst hier gemeinsam Präsenz zeigen, kontrollieren und bei Bedarf Platzverbote aussprechen. Auch der Einsatz von Videobeobachtung ist hier zu begrüßen. Das Rheinufer muss weiter bedarfsgerecht gereinigt werden. Sauberkeit ist die Visitenkarte unserer Stadt. Dort wo es sauber ist fühlen sich Menschen sicher und wohl.

Veranstaltungen und Termine

05.10.2020 · 20:00 Uhr
OV Villenviertel/Rüngsdorf – Bürgerstammtisch
Zwitscherstube | Rheinallee 17 | 53173 Bonn

05.10.2020 · 20:00 Uhr
OV Friesdorf – Bürgerfragen und Bürgerwünschen beim politischen Stammtisch
Hotel Restaurant Friesdorfer Hof | Bernkasteler Str. 46 | 53175 Bonn

06.10.2020 · 19:00 Uhr
OV Plittersdorf – Bürgertreff
Schaumburger Hof | Am Schaumburger Hof 10 53175 Bonn

06.10.2020 · 20:00 Uhr
OV Friesdorf – Erste Wahlanlalysen
Friesdorfer Hof | Bernkasteler Str. 46 | 53175 Bonn

05.02.2020 · 19:30 Uhr
FU Bonn – Offene Vorstandssitzung
Kreisgeschäftsstelle | Carl-Troll-Str. 63 | 53115 Bonn

07.10.2020 · 19:00 Uhr
AK Bundespolitik – Offene Sitzung
*Anmeldung unter **ak-bund@cdu-bonn.de***

10.10.2020 · 09:30 Uhr
OV Heiderhof/Muffendorf – Infostand
Heiderhof Center Bonn | Akazienweg 2-10 | 53177 Bonn

14.10.2020 · 19:00 Uhr
OV Bonn-Innenstadt – Bürgertreff
La Vie Est Bon(n)gout | Remigiusplatz 2-4

17.10.2020 · 10:00 Uhr
OV Friesdorf – Bürgerfragen und Bürgerwünschen beim politischen Stammtisch
Klufterplatz | 53175 Bonn

22.10.2020 · 19:00 Uhr
Junge CDA – Online-Veranstaltung „Covid-19 als soziale Krise. „Welche Rolle spielt soziale Ungleichheit in der Pandemie?“ mit Prof. Dr. Nico Dragano, Institut für Medizinische Soziologie des Universitätsklinikums Düsseldorf
*Anmeldungen bitte an **junge-cda-bonn@gmx.de***

22.10.2020 · 19:00 Uhr
CDA und Junge CDA Bonn – Offene Vorstandssitzung
Waldhäuschen | Kiefernweg 25 | 53127 Bonn

27.10.2020 · 19:30 Uhr
OV Venusberg/Ippendorf – Mitgliederversammlung mit Neuwahlen
Vereinsheim Ippendorf | Röttgener Str. 72 | 53127 Bonn

28.10.2020 · 19:00 Uhr
OV Bonn-Castell – Mitgliederversammlung mit Neuwahlen
Ort wird noch bekannt gegeben

29.10.2020 · 19.00 Uhr
MIT Bonn – Vorstandssitzung
„Gasthaus Nolden“ | Magdalenenstraße 33 | 53121 Bonn

29.10.2020 · 19:30 Uhr
OV Oberkassel – Bürgergespräch
Restaurant San Marino | Königswinterer Straße 717

02.11.2020 · 19:00 Uhr
AK Bundespolitik – Offene Sitzung
*Anmeldung unter **ak-bund@cdu-bonn.de***

02.11.2020 · 20:00 Uhr
OV Villenviertel/Rüngsdorf – Bürgerstammtisch
Zwitscherstube | Rheinallee 17 | 53173 Bonn

03.11.2020 · 19:00 Uhr
OV Plittersdorf – Bürgertreff
Schaumburger Hof | Am Schaumburger Hof 10 | 53175 Bonn

05.11.2020 · 19.00 Uhr
MIT Bonn – Mittelständischer Stammtisch
„Gasthaus Nolden“ | Magdalenenstraße 33 | 53121 Bonn

06.11.2020 · 19:20 Uhr
OV Beuel-Ost – Bürgersprechstunde mit Stv. Reiner Burgunder und Bzv. Hans Seidl
Zum Treppchen | Marktstr. 8 | 53229 Bonn

07.11.2020 · 09:30 Uhr
OV Heiderhof/Muffendorf – Infostand
Heiderhof Center Bonn | Akazienweg 2-10 | 53177 Bonn

10.11.2020 · 19:00 Uhr
OV Friesdorf – Küllesessen für Mitglieder und Freunde der CDU Friesdorf
Hotel Restaurant Friesdorfer Hof | Bernkasteler Str. 46 53175 Bonn

10.11.2020 · 20:00 Uhr
OV Baumschulviertel/Südstadt – Bürgertreff
Hotel Bristol | Prinz-Albert-Straße 2 | 53113 Bonn

21.11.2020 · 10:00 Uhr
OV Friesdorf – Bürgerfragen und Bürgerwünschen beim politischen Stammtisch
Klufterplatz | 53175 Bonn

25.11.2020 · 19:00 Uhr
OV Bonn-Innenstadt – Mitgliederversammlung
Ort wird noch bekannt gegeben

26.11.2020 · 19:00 Uhr
AK Integration – Bürgeroffene Sitzung
Ort wird noch bekannt gegeben

26.11.2020 · 19:30 Uhr
OV Oberkassel – Bürgergespräch
Restaurant San Marino | Königswinterer Straße 717

01.12.2020 · 19:00 Uhr
AK Bundespolitik – Offene Sitzung
*Anmeldung unter **ak-bund@cdu-bonn.de***

04.12.2020 · 19:30 Uhr
OV Beuel-Ost – Bürgersprechstunde mit Stv. Reiner Burgunder und Bzv. Hans Seidl
Zum Treppchen | Marktstr. 8 | 53229 Bonn

Foto: © AdobeStock / Katja

Kreisparteitag

31. Oktober 2020 · 10:00 Uhr

Maritim Hotel Bonn

Auf dem Kreisparteitag am 31. Oktober 2020 stehen die turnusmäßigen **Delegiertenwahlen zu den Landes- und Bundesparteitagen** an. Erster Einsatz der Bundesparteitagsdelegierten ist der Bundesparteitag am 5. Dezember in Stuttgart. Interessierte werden gebeten, ihre Kandidatur bis zum 25. Oktober per E-Mail in der Kreisgeschäftsstelle unter **info@cdu-bonn.de** zu melden.

Damit bei diesem Parteitag aber nicht nur die Wahlen im Mittelpunkt stehen, sondern auch inhaltliche Diskussionen stattfinden, sei an dieser Stelle an die Regelungen zur **Antragsberatung** erinnert: Antragsberechtigt sind nach §5 Abs. 1 der Geschäftsordnung (GO) des Kreisverbandes der Kreisvorstand, die Vorstände der Stadtbezirks- und Ortsverbände, die Kreisvorstände der Vereinigungen und Sonderorganisationen sowie jedes Mitglied unter Nachweis von 20 unterstützenden Unterschriften (seine eigene Unterschrift mit eingerechnet). Anträge dieser Art sind dem Kreisvorstand mindestens drei Wochen vor dem Kreisparteitag über die Kreisgeschäftsstelle schriftlich zuzuleiten (vgl. §4 Abs. 1 GO), d.h. bis **zum 9. Oktober 2020, 24 Uhr**.

Davon unabhängig können auf dem Kreisparteitag Initiativanträge zu aktuellen politischen Fragen eingebracht werden, wenn sie von mindestens 20 Mitgliedern unterschrieben sind. Außerdem wird aufgrund der Amtsniederlegung von Herrn Xu Zhu ein/e Beisitzer/in im Kreisvorstand nachgewählt. Kandidatenvorschläge werden mit der Einladung bekannt gemacht, wenn diese bis Donnerstag, 8. Oktober um 17 Uhr der Kreisgeschäftsstelle vorliegen.

Die Einladung geht Ihnen wie immer fristgerecht zu. Ein **Vorschlagsformular** finden Sie unter folgendem Link **https://bit.ly/2RZnQ0q** oder auf Anfrage unter **info@cdu-bonn.de**.

Hier geht's zum Vorschlagsformular

Neumitgliedertreffen

save the date – 18. November 2020 · 19:00 Uhr

Ort wird noch bekannt gegeben

Bei all unseren Terminen gilt nach wie vor: Die Gesundheit steht an erster Stelle! Infostände, Bürgersprechstunden und Veranstaltungen werden immer nach den Maßgaben der aktuell gültigen Corona-Schutzverordnung durchgeführt. Wir freuen uns auf den Kontakt mit Ihnen – natürlich mit Mund-Nasen-Schutz und unter Einhaltung des empfohlenen Sicherheitsabstandes.

Zeit die wir uns nehmen,
ist Zeit, die uns etwas gibt.
Ernst Ferstl

Vorstandswahlen

Evangelischer Arbeitskreis

Vorsitzender:	Ingo Schulze M.A.
Stv. Vorsitzender:	Karl E. Conrad
Schriftführer:	Wolfgang Semder,
Beisitzer:	Naeem Khalaf, Simone Kilimann-Küllmer, Dorothy Knuth und Thomas Munzel

MIT Bonn

Vorsitzender:	Peter Ibekken
Stv. Vorsitzende:	Dr. Hans Jörg Hufnagel, Hans Seidl
Schatzmeister:	Daniel Gerhards
Schriftführer und Pressesprecher:	Alexander Glees
Geschäftsführer:	Alexander Dahm
Mitgliederbeauftragte:	Monika Krämer-Breuer
Beisitzer:	Jean Antar, Dr. Robert Grünewald, Renate Ibbeken, Birgitta Jackel, Marius Kleinheyer, Klaus-Peter Nelles, Hans-Georg Richarz und Bernd Werner

www.cdu-bonn.de

facebook.com/cdu-bonn

twitter.com/cdu_bonn

Herausgeber
CDU-Kreisverband Bonn
Carl-Troll-Straße 63
53115 Bonn

Telefon 0228 91 77 80
Telefax 0228 91 77 888
E-Mail unionkurier@cdu-bonn.de

www.cdu-bonn.de

Bank: Sparkasse KölnBonn
BIC: COLSDE33XXX
IBAN: DE19370501980031026008

Redaktion
Stephan Masseling (v.i.S.d.P.), Alisa Topp

Bildrechte:
CDU-Kreisverband Bonn

Titelbild:
© AdobeStock.com / majonit

Der Bezugspreis ist im Mitgliederbeitrag abgegolten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verlag, Layout & Druck:
Union Betriebs-GmbH
Egermannstraße 2
53359 Rheinbach

Telefon 02226 802-0
Telefax 02226 802-111
E-Mail info@ubgnet.de
Web www.ubg365.de

Hinweise:
Der Union Kurier enthält Termine und Informationen zu allen Veranstaltungen innerhalb des CDU-Kreisverbandes Bonn. Einladungen versendet die CDU-Kreisgeschäftsstelle nur zu Mitgliederversammlungen mit Neuwahlen.

Die in der Rubrik „Standpunkt“ veröffentlichten Texte geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für den Inhalt sind die jeweiligen Autor(inn)en verantwortlich. Bitte schreiben Sie uns auch Ihren Standpunkt an: **unionkurier@cdu-bonn.de!** Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen ausdrücklich vor. Eine Gewähr für den Abdruck wird nicht übernommen.

Redaktionsschluss 15. November 2020

Für die Doppelausgabe Dezember/Januar des Union Kuriers 2020/21. Bitte denken Sie daran, dass die Termine bis einschließlich 5. Februar 2021 veröffentlicht werden. Weitere Termine unter **www.cdu-bonn.de**